

FDP-Landesverband NRW . Wolfgang-Döring-Haus . Sternstraße 44 . 40479 Düsseldorf  
Telefon 0211 49 70 90 . Telefax 0211 49 70 9 50 . info@fdp-nrw.de . www.fdp-nrw.de

## Rede

des Landesvorsitzenden der FDP-NRW,

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,**

auf dem Neujahrsempfang am 14. Januar 2007 in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

für das noch junge Jahr 2007 wünsche ich Ihnen sehr persönlich viel Erfolg, Glück und vor allem natürlich beste Gesundheit.

Wir **blicken optimistisch** auf die kommenden 12 Monate, denn: **NRW zieht an.** Über 100 000 neue Arbeitsplätze im vergangenen Jahr. Erstmals seit 1948 ist die Arbeitslosigkeit in einem Dezembermonat in NRW nicht gestiegen, sondern gegen den Bundestrend weiter gesunken. Einige meinen, dafür sei vor allem der Klimawandel verantwortlich – uns soll das recht sein. Die Lage stimmt uns optimistisch und tatkräftig. Entsprechend handeln wir.

Und das zeigt auch Wirkung: Wir gewinnen neue Projekte und neue Köpfe für den Standort. Und die brauchen wir auch dringend. Alleine in den letzten 18 Monaten konnten wir viele hervorragende Forschungsvorhaben in NRW auf den Weg bringen, oftmals gemeinsam mit der Wirtschaft. Lassen Sie mich dies nur an einem jüngsten Beispiel aus Düsseldorf konkret aufzeigen: Ich freue mich sehr darüber, dass die Fa. Henkel ihr Hautforschungszentrum erst kürzlich von Frankfurt nach Düsseldorf verlegt hat und hier weiter ausbauen wird. Das ist ein klares Signal für NRW und es stärkt zudem das Zukunftsfeld Biowissenschaften.

Dank besserer **Konjunktur** geht es auch **deutschlandweit** aufwärts. Und das freut uns. Aber: Dies ist für uns in NRW kein Grund, die Hände nun zufrieden in den Schoß zu legen und eine große Reformpause auszurufen.

Ein erfolgreicher Radprofi hat kürzlich gesagt: „**Keinen Tritt auslassen.**“ Das sei das Geheimnis des Erfolgs beim Zeitfahren, zumindest, wenn man auf unlautere Mittel verzichten wolle. Und so halten wir es auch. Wir nutzen die gute Konjunktur, um die immer noch erheblichen strukturellen Probleme besser zu lösen.

### **Heißt für 2007:**

- Wir halten das Tempo hoch.
- Wir halten den Kurs marktwirtschaftlicher Erneuerung unseres Landes. So, wie wir es vor der Wahl angekündigt haben, in einer Koalitionsvereinbarung aus einem Guss verabredet haben und seit dem in gemeinsamer Regierungsverantwortung mit der CDU verlässlich umsetzen.
- Wir betreiben Reformen für die Menschen und nicht gegen sie.

Unsere Prinzipien sind dabei: Privat vor Staat. Freiheit vor Gleichheit. Erwirtschaften vor Verteilen.

Und es gilt: Freiheit und soziale Verantwortung sind für uns stets zwei Seiten derselben Medaille.

In ganz zentralen Bereichen für die Erneuerung unseres Landes haben wir bereits neue Rahmenbedingungen geschaffen. In den **Schulen** etwa und in den **Hochschulen**, bei der Konsolidierung des **Haushalts** und bei der Entlastung der **Wirtschaft** von überbordender Bürokratie.

Gerade bei der Bildung und bei Forschung und Entwicklung müssen wir unsere Chancen noch besser nutzen als in der Vergangenheit. Dabei dürfen wir keine Zeit verschwenden.

In der **Bildung** haben wir daher an die Stelle ideologischer Scheindebatten eine pragmatische Politik gesetzt. Mit ganz konkreten Zielen und ganz konkreten Maßnahmen. Um nur wenige Beispiele zu nennen:

- Wir haben als erstes Bundesland eine verbindliche **Sprachprüfung** bereits im vierten Lebensjahr eingeführt, an die sich im Bedarfsfall eine gezielte Sprachförderung anschließt. Denn nur so können wir erreichen, dass jedes Kind über die Deutschkenntnisse verfügt, dies es ihm erlauben, von der ersten Stunde an am Unterricht teilhaben zu können. Das ist die **sozialste Politik**, die man machen kann.
- Wir wollen, dass **Unterricht** auch tatsächlich stattfindet. Dafür stehen seit Regierungsübernahme 3230 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer und die Halbierung des Unterrichtsausfalls im vergangenen Jahr.
- Wir wollen, dass jedes Kind individuell optimal **gefördert** wird – die Schwachen genauso wie die Hochbegabten. Und: Jeder Schulabsolvent soll **ausbildungsfähig** bzw. **studierfähig** sein. Beides sind zentrale Grundsätze des neuen Schulgesetzes.

Mit dem neuen Rahmen **geben** wir den Schulen, Lehrern und Eltern neuen Handlungsspielraum und neue Verantwortung. Zugleich **nehmen** wir all jenen, die sich mit ideologischen Spitzfindigkeiten davon stehlen wollen, die Grundlage dafür, nichts zu tun. **Alle können etwas tun, damit NRW vorankommt.**

Und das gilt auch für die **Hochschulen**: Wer in der modernen Wissensgesellschaft ganz vorne mitspielen will, muss nicht nur über möglichst viel Wissen verfügen, er muss auch in der Lage sein, selbst neues Wissen hervorzubringen. Hier sind exzellente Wissenschaft und Forschung der Schlüssel zum Erfolg. Um zu bester Qualität zu gelangen, brauchen Wissenschaft und Forschung, wie es ein Nobelpreisträger unlängst nochmals festgestellt hat, aber **mehr Geld und vor allem mehr Freiheit.**

Wir haben deshalb jetzt mit dem **Studienbeitragsgesetz** und dem **Hochschulfreiheitsgesetz** das modernste Hochschulrecht in Deutschland geschaffen.

Freiheit und Verantwortung, wie sie das **Hochschulfreiheitsgesetz** gewährt: Das ist ein Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Staat und Hochschule. Bis zum 31.12. des vergangenen Jahres waren die Hochschulen nachgeordnete Behörden des Landes. Seit dem 1. Januar diesen Jahres sind sie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die autonom und eigenverantwortlich über Personal-, Finanz- und Sachfragen entscheiden können.

Die Hochschulen brauchen das:

- Wenn Berufungsverfahren 2 Jahre dauern, sind die besten Köpfe längst woanders.
- Auch in der Kooperation mit Unternehmen, um ein zweites Beispiel zu nennen, werden die Hochschulen endlich als entscheidungsstarke Partner agieren können. Ich lade die Unternehmerinnen und Unternehmer in NRW ein, jetzt diese neuen Chancen an unseren Hochschulen auch für sich zu nutzen.

**Mehr Freiheit eröffnet neue Chancen, erfordert aber auch Mut.** Ich sage das mal bewusst an die hier anwesenden Vertreter der Hochschulen. Die allermeisten Hochschulen in NRW haben sich für die Option **Studienbeiträge** entschieden. Gegen teilweise auch sehr persönliche Angriffe durch einzelne Gruppen. Sie haben sich dennoch klar entschieden und bereits erste Erfolge bei der Umsetzung erreicht, um Lehre und Studium wirksam zu verbessern. Ihre Hochschule und Ihre Studierenden werden es Ihnen langfristig danken.

Zu unserem Erneuerungsprogramm gehört zwingend die fortgesetzte **Konsolidierung des Haushalts**. Wir steuern durch Aufgabenkritik, Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung konsequent um. Bereits im Jahr 2007 werden wir wieder einen verfassungskonformen Haushalt haben und für 2011 streben wir einen ausgeglichenen Haushalt an. Das ist unser Weg zu mehr Spielraum für Zukunftsinvestitionen.

Es geht aber nicht nur darum zu konsolidieren. Es geht uns auch darum, **neue Prioritäten** zu setzen: Wir sind für **Mitbestimmung**. Aber wir meinen: Ein Personalvertretungsgesetz, wie es im Bund und anderen Ländern, etwa Baden-Württemberg, funktioniert - das ist auch für NRW in Ordnung. Wir wollen deshalb die Dinge bei uns so regeln, dass Landes- und kommunale Behörden wieder flexibel agieren können. Ingo Wolf braucht dafür jetzt besonders breite Schultern, die er zum Glück auch hat.

Aber es lohnt sich auch: Im **Schulbereich** heißt das ganz konkret, dass 40 Prozent der heute für die Personalvertretung komplett freigestellten Lehrer wieder in den Unterricht zurückkehren. Ich meine: Die bis zu 200 Lehrerinnen und Lehrer, um die es hier geht, werden dringender im Unterricht als für die Gremienarbeit in eigener Sache gebraucht. Auch das ist meines Erachtens die sozialste Politik, die man machen kann.

Neue Prioritäten, das gilt in gleicher Weise aber in ganz anderer Dimension auch beim Ausstieg aus den **Steinkohlesubventionen**. 2003 haben Bund und Land in NRW genauso viel in den tiefsten Flözen der Welt vergraben wie in F&E investiert. Deshalb erneuere ich heute meinen Appell an die SPD: Gefährden Sie nicht weiter mit Ihrem parteitaktischen Verhalten den Börsengang des RAG-Folgeunternehmens

und mit ihm die Arbeitsplätze von 100 000 Mitarbeitern. Wir brauchen einen schnellen und sozial verträglichen Übergang von Vergangenheitssubvention in Zukunftsinvestition.

Ich danke an dieser Stelle unserer Landtagsfraktion und unserem Fraktionsvorsitzenden Gerhard Papke für die stets konstruktive und nicht nur in dieser Frage klare und konsequente Haltung.

Die Erneuerung unseres Landes gestalten wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner. Besonders danken möchte ich an dieser Stelle für die auch persönlich gute und stets faire Zusammenarbeit unserem Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der CDU in NRW, Jürgen Rüttgers.

**NRW macht Tempo.** Aber gerade für den Mittelstand, für unseren wichtigsten Arbeitgeber, bräuchten wir zusätzlich zu mutigem Bürokratieabbau inklusive Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in NRW dringend **Rückenwind** aus Berlin. Aber gerade hier wachsen die Zweifel, ob in Berlin die Kraft und der Wille zu echten Reformen vorhanden sind. Nach den Trippelschritten des ersten Jahres stehen sich die großkoalitionären Tanzpartner gegenwärtig bei fast allen Formationen auf den Füßen.

- Etwa bei der **Flexibilisierung des Arbeitsmarktes**.
- Bei der Reform der **sozialen Sicherungssysteme**. Beispielhaft nenne ich nur die Gesundheitsreform, zu der die FAZ in ihrer gestrigen Ausgabe kommentiert: „Diese Reform ist verkorkst, falsch und kontraproduktiv.“ Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. In allen Staaten der Welt ist der Sozialismus gescheitert. Ich begreife nicht, wieso wir jetzt in Deutschland den Kassensozialismus wieder einführen müssen.
- Bei einer **Steuerreform**, die ihren Namen verdient.
- Ebenso in der **Energiepolitik**. Wobei sich doch nahezu alle Experten einig sind und nahezu alle Staaten in der Welt danach handeln: Wir brauchen einen verlässlichen Energiemix, der alle Optionen nutzt: Erneuerbare Quellen ebenso wie bestehende CO<sub>2</sub>-arme Optionen. Wenn auch in Zukunft bezahlbarer und umweltfreundlicher Strom hergestellt werden soll, muss Schluss sein mit der Denkblockade. Wir brauchen mehr Forschung und nicht weniger auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien, auf dem Gebiet modernster Kraftwerkstechnologien und auch auf dem Gebiet der Kernenergie. Und zwar bei der Sicherheit, der Entsorgung ebenso wie bei der Effizienz und bei der Neuentwicklung.

Die klare Reformalternative dazu vertritt die führende Oppositionspartei in Berlin. Ich danke unserem Partei- und Fraktionsvorsitzenden, Guido Westerwelle, und den Mitgliedern unserer Landesgruppe für das überzeugende liberale Kontrastprogramm.

Mehr Freiheit, Verantwortung und Leistungsorientierung ist auch in der Sozialpolitik dringend notwendig. Eine Studie der nicht gerade FDP-nahen Hans-Böckler-Stiftung zeigt die Defizite. Deutschland liegt bei der Höhe der Sozialausgaben im Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Leistung europaweit an der Spitze, aber weit hinten in Bezug auf die Wirksamkeit dieser Aufwendungen. Anders gewendet: Mit den gleichen oder gar geringeren Sozialausgaben könnte ein intelligent reformierter Sozialstaat mehr für die Menschen bewirken. Wir dürfen die Sozialpolitik nicht den anderen überlassen. Denn: **Liberaler ist sozialer**.

Mit unserem Modell des **Bürgergeldes** können wir die Treffsicherheit und Effektivität der sozialen Absicherung deutlich erhöhen. Es ebnet durch bessere Anreize den direkten Weg in reguläre Beschäftigung. Denn es stellt sicher: **Jeder, der arbeitet, hat netto immer mehr, als derjenige, der nicht arbeitet, obwohl er es könnte.**

Wer Veränderung in Deutschland will, muss Reformen zustimmungsfähig und sozialverantwortlich gestalten. Dafür brauchen wir eine kluge Sozialpolitik. Deren Formulierung setzen wir deshalb in diesem Jahr in den Mittelpunkt unserer programmatischen Arbeit. Ich freue mich daher, dass unser Generalsekretär Christian Lindner die Leitung einer Programmkommission zu dieser Frage übernommen hat.

Wir erhalten viel Zuspruch für unseren Kurs der Erneuerung. Deshalb begrüße ich besonders herzlich die 1.034 Neumitglieder, die sich im letzten Jahr der FDP angeschlossen haben – viele von Ihnen sind auch heute hier auf unserem Neujahrsempfang. Ihre Bereitschaft, sich den Liberalen anzuschließen, zeigt deutlich auf: Die FDP ist im Aufwind. Und wir wollen weiter wachsen, damit die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur in Düsseldorf sondern auch in Berlin endlich möglich wird.